



Pressemitteilung

Bürokratieabbau im Krankenhaus: Niedersachsen fordert entschlossenes Handeln des Bundes

Krankenhausgesellschaft und Gesundheitsminister Philippi drängen auf schnellen Abbau überflüssiger Dokumentations- und Berichtspflichten

Hannover, 30. September 2026 – Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) und Niedersachsens Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi fordern Bundesgesundheitsminister Dr. Carsten Linnemann auf, zügig das in Aussicht gestellte Bürokratierückbaugesetz auf den Weg zu bringen. Beim Krankenhausgipfel in Berlin hatte Linnemann vergangene Woche unter anderem angekündigt, Doppelprüfungen abzubauen und stärker auf risikoorientierte Kontrollen zu setzen. Die NKG und Gesundheitsminister Dr. Philippi appellieren an den Bundesgesundheitsminister, diesen Kurs entschlossen voranzutreiben.

„Die Krankenhäuser stehen durch die von der Bundesregierung beschlossenen Reformen und Kürzungen massiv unter Druck. Wenn finanzielle Spielräume eingeschränkt werden, muss der Staat im Gegenzug unnötige Vorgaben zurücknehmen und mehr Handlungsfreiheit ermöglichen“, sagt NKG-Verbandsdirektor Helge Engelke. „Der Bund muss jetzt liefern und die angekündigten Entlastungen schnell in den Kliniken spürbar machen. Wir brauchen weniger Kontroll- und Dokumentationsbürokratie und mehr Vertrauen in die Kompetenz der Menschen, die täglich Verantwortung für die Patientinnen und Patienten übernehmen“, so Engelke.

Aus Sicht der NKG muss dabei die Ergebnisqualität stärker in den Mittelpunkt rücken. Entscheidend darf nicht sein, dass jeder einzelne Behandlungsschritt kleinteilig dokumentiert wird, sondern dass die Behandlung in guter Qualität abgeschlossen wird. Nur durch konsequente Entbürokratisierung und zusätzliche Spielräume können die Krankenhäuser die Versorgung trotz der beschlossenen Kürzungen ohne große Einschränkungen sichern.

Der Niedersächsische Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi erklärt: „Weder Patientinnen und Patienten noch dem Personal in den Krankenhäusern lässt sich in Zeiten des Fachkräftemangels logisch erklären, weshalb ein beträchtlicher Teil der Arbeitszeit aus vermeidbaren Verwaltungsaufgaben besteht. Wir haben uns deshalb als Niedersächsische Landesregierung bereits mehrfach gegenüber dem Bund für einen Bürokratieabbau stark gemacht. Denn eine Menge Bürokratie ließe sich ohne negative Auswirkungen vermeiden. Dazu gehört etwa die Vereinfachung von Antragsverfahren oder die Beseitigung überflüssiger Parallelstrukturen in Datenerfassung, -übermittlung, -aufbereitung sowie bei den Qualitätskontrollen und Strukturprüfungen. Dies gilt übrigens nicht nur für die Krankenhäuser, sondern auch für den Medizinischen Dienst. Auch die administrativen Prozesse könnten erheblich entschlackt und die Meldewege vereinheitlicht werden. Die Vorschläge zu einer bürokratiearmen Krankenhausverwaltung liegen seit Langem auf dem

Tisch – das angekündigte Bürokratierückbaugesetz muss jetzt schnell vom Bund auf den Weg gebracht werden.“

Der Handlungsbedarf ist erheblich: Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte in niedersächsischen Krankenhäusern verbringen durchschnittlich rund drei Stunden täglich mit Dokumentationsarbeiten. Würde der bürokratische Aufwand nur um eine Stunde reduziert, stünden rechnerisch mehr als 1.700 Vollkräfte im ärztlichen und etwa 4.000 Vollkräfte im Pflegedienst zusätzlich für die unmittelbare Patientenversorgung zur Verfügung.

Hintergrund:

Die NKG und das Niedersächsische Gesundheitsministerium haben sich in den vergangenen Jahren wiederholt für den Abbau überflüssiger Bürokratie eingesetzt. Bereits 2023 legten NKG, Ärztekammer Niedersachsen und Niedersächsischer Pflegerat konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau vor. Gesundheitsminister Philippi übergab diese an das Bundesgesundheitsministerium. 2024 richteten die NKG und Minister Philippi einen gemeinsamen Appell an den Bund, unnötige Dokumentations- und Nachweispflichten abzubauen. 2025 machte die NKG in Hannover gemeinsam mit Minister Philippi vor einer fünf Meter hohen symbolischen „Bürokratiewelle“ auf überbordende Dokumentationsverpflichtungen und deren Folgen für die Patientenversorgung und die Arbeitsbedingungen in den Kliniken aufmerksam.

Weitere Informationen:

- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511 / 307 63 0)
- Piet Schucht, Pressesprecher der NKG (0511 / 307 63 19 oder Mobil: 0160 / 224 74 57)
E-Mail: schucht@nkgev.de

Thielenplatz 3 - 30159 Hannover - www.nkgev.info

Diese Pressemitteilung und weitere Informationen können auf der Internetseite der NKG unter www.nkgev.info heruntergeladen werden.

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) ist der Zusammenschluss aller Krankenhäuser in Niedersachsen mit rund 40.000 Betten. Mehr als 1,5 Millionen Patientinnen und Patienten werden pro Jahr in den niedersächsischen Krankenhäusern stationär behandelt. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Niedersachsens. Rund 120.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Berufe beziehen ihr Einkommen von den in der NKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern.
--